

Nermin Abadan-Unat

Vom Gastarbeiter zum Pendler: 30 Jahre Auswanderung aus der Türkei

In der heutigen Türkei ist die Migration eine allgemein anerkannte Alternative zu einer Beschäftigung im Inland und reicht von der Abwanderung von Wissenschaftlern über den Export überschüssiger Arbeitskräfte bis hin zur Ermutigung von Unternehmern, sich im Ausland niederzulassen. Das ist noch nicht lange so. Offiziell wurde die ungehinderte Ausreise für alle türkischen Staatsbürger erst mit Annahme der Verfassung von 1961 möglich, die das Verlassen des Landes und die Wiedereinreise zum Grundrecht erklärte (*Abadan-Unat, N.: 1976, S. 14*). Bis 1984 hatten 2.404.031 türkische Staatsangehörige ihren ständigen Wohnsitz ins Ausland verlegt. Das Tempo dieser grenzüberschreitenden Migration ist beeindruckend und beispiellos (Tabellen 1 bis 4). Ihr Ausmaß überrascht um so mehr, wenn man bedenkt, daß zu Beginn die Beschäftigung im Ausland – vor allem in Westdeutschland – als zwölfmonatige Ausbildung in der Industrie galt, an deren Ende die Rückkehr in die Türkei stand. Anfangs erfolgte praktisch die gesamte grenzüberschreitende Migration über die direkte Anwerbung von Arbeitskräften aus dem Ausland. Die türkische Migration nach Europa seit Ende der fünfziger Jahre fand in sechs Phasen statt:

1956 bis 1961

Die Anfänge der Migration – Rekrutierung durch Nominierung

In der ersten Phase kam es zunächst zur Anwerbung von Arbeitskräften durch private Unternehmer, später auch durch halboffizielle Rekrutierungsbüros, wie sie vor allem in Westdeutschland existierten. Eine der ersten offiziellen Anfragen nach migrationswilligen Arbeitskräften kam 1956 vom Institut für Weltwirtschaft an der Universität Kiel, das das türkische Außenministerium um die Entsendung von Migranten zur Berufsausbildung bat. Diese wurden vor allem auf den

Werften in Hamburg, Bremen und Kiel dringend benötigt. Einzelpersonen erhielten – meist durch die Vermittlung deutscher Ehefrauen wohlhabender Geschäftsleute in Istanbul – persönliche Einladungen, wie sie für die »nominierte Anwerbung« erforderlich waren. Die Angeworbenen konnten ihre Familien mitbringen und blieben nach Abschluß ihrer Ausbildung meist in Deutschland. Damit brachten sie die von der Hamburger Handelskammer unter dem Slogan »Der Mittelstand hilft dem Mittelstand« ins Leben gerufene Kampagne zum Erliegen, die davon ausgegangen war, daß die nach einer begrenzten Ausbildungszeit in der deutschen Industrie zurückkehrenden Fachkräfte die industrielle Entwicklung in ihrem Land voranbringen und zum gegenseitig vorteilhaften Handel beitragen würden. Diese Erwartungen erfüllten sich nicht (*Abadan-Unat, N.: 1964, S. 121*).

1961 bis 1972

Die Abwanderungsexplosion

Vor 1961 migrierten nur Einzelpersonen oder kleinere Gruppen mit ihren Familien ins Ausland. Das änderte sich mit dem ersten Fünfjahrplan in der Türkei (1962-1967). Angesichts des rasch wachsenden Arbeitskräftepotentials sah die Türkei die Beschäftigungssituation zunehmend realistischer. Die Architekten des ersten Fünfjahrplanes waren der Meinung, daß »der Export überschüssiger, ungelerner Arbeitskräfte nach Westeuropa eine Möglichkeit bietet, die Arbeitslosigkeit zu mildern« (*Devlet Planlama Teşkilâtı: 1963, S. 456*). Diese neue Perspektive und der steigende Bedarf des westdeutschen Arbeitsmarktes führten zu einer explosionsartigen Zunahme der Emigration. Während 1960 nur 2.700 Arbeiter die Türkei verlassen hatten, stieg ihre Zahl 1963 auf 27.500 und erreichte 1973 mit 615.827 einen dramatischen Höhepunkt (*Abadan-Unat, N.: 1976, S. 7*).

In der zweiten Phase fand die Migration im wesentlichen auf zwei Wegen statt: Die meisten nutzten die »anonyme Rekrutierung«: Unternehmer, die türkische Arbeitskräfte suchten, meldeten ihren Bedarf den zuständigen deutschen Stellen. Diese standen mit dem türkischen Arbeitsamt in Verbindung, das in Zusammenarbeit mit der deutschen Anwerbezentrale in Istanbul eine entsprechende Zahl von Bewerbern von der Warteliste auswählte. Um zu verhindern, daß die städtischen Ballungsräume mit ihren langen Wartelisten bevorteilt wurden und um auch weniger entwickelten Gebieten die Möglichkeit

zu geben, von den Vorzügen der Abwanderung zu profitieren, wurden die ausgeschriebenen Stellen über das ganze Land verteilt. Als die Wartelisten länger wurden, wurden Bewerber aus unterentwickelten Regionen, Mitglieder von Dorfwirtschaftskooperativen (*Abadan-Unat, N.: 1976, S. 88f.*) sowie Personen aus Gegenden, die nach Erdbeben, Dürrekatastrophen oder Schädlingsbefall der Ernte offiziell zu Katastrophengebieten erklärt worden waren, vorrangig berücksichtigt.

Der zweite Weg führte über die sogenannte »nominierte Rekrutierung«, bei der Arbeitgeber im Ausland Personen namentlich anfordern konnten. Das Arbeitsamt in der Türkei sorgte dann dafür, daß sie – unabhängig von ihrer Position auf der Warteliste – als offiziell anerkannte Migranten dorthin reisen konnten. Wer Freunde oder Verwandte hatte, die im Ausland bereits Fuß gefaßt hatten, konnte mit ihrer Hilfe freie Stellen in umliegenden Betrieben ausfindig machen und seine »Nominierung« vereinbaren lassen.

Die gewaltige Zunahme der Arbeitskräftemigration veranlaßte die Türkei (wie auch andere Mittelmeerländer, die Arbeitskräfte exportierten), mit den Gastländern bilaterale Vereinbarungen abzuschließen. 1961 unterzeichnete die Türkei ihr erstes bilaterales Abkommen mit Westdeutschland, dem Verträge mit Österreich, Belgien und den Niederlanden (1964), Frankreich (1965) und Schweden (1967) folgten (*Onulduran, E./van Renselaar, H.: 1976, S. 29f.*). Dadurch mußte nicht mehr der einzelne die Initiative ergreifen; das entsprechende Verwaltungsorgan nahm ihm diese Aufgabe ab. Die Rekrutierung wurde so zum Monopol des türkischen Arbeitsamtes und seiner Partner in den Gastländern. In den Abkommen war genau festgelegt, nach welchen Kriterien die Migranten auszuwählen waren, wozu auch strenge Gesundheitsüberprüfungen, Reisekostenregelungen und Maßgaben für den Fall gehörten, daß Arbeiter vor Ablauf der vertraglich vereinbarten Frist zurückkehren wollten oder mußten.

Nach den bilateralen Vereinbarungen entstanden auch Hilfsorganisationen, die die Anpassung der ausländischen Arbeiter an die neuen Lebens- und Arbeitsbedingungen erleichtern sollten. In Westdeutschland wurde jeder ethnischen Gruppe eine soziale Wohlfahrtsorganisation zugeordnet; im Falle katholischer oder protestantischer Migranten zumeist eine kirchliche. Für Türken bot die *Sozialdemokratische Partei Deutschlands* die Arbeiterwohlfahrt *Türk-Danış* an, die aus Deutschen und Türken bestand und persönliche Probleme, rechtliche Fragen und andere Fragen im Zusammenhang mit dem Aufenthalt von Türken in Westdeutschland klären sollte (*Abadan-Unat, N.: 1976,*

S. 15). Man könnte mit *D. Rist* (1978, S. 111) schlußfolgern, daß von dieser Phase an ausländische Arbeiter im Ergebnis einer Politik nach Westdeutschland kamen, die auf höchster Ebene von der deutschen Regierung beschlossen worden war.

Auf türkischer Seite bestand die wichtigste Maßnahme der Regierung während dieser Zeit in der Einführung eines speziellen Wechselkurses für alle, die einen »Arbeitspaß« besaßen. Damit wurden zwei Ziele verfolgt: Das weitere Anwachsen des schwarzen Marktes sollte verhindert werden, und die Arbeitsmigranten sollten einen größeren Teil ihrer Ersparnisse nach Hause schicken.

Schließlich fällt in diese Zeit das Entstehen kultureller und gesellschaftlicher Vereine für Arbeitsmigranten in den Gastländern. Von einem Teil der türkischen Arbeiter als Alternative zu den Gewerkschaften betrachtet, wurden diese Vereine entsprechend der pluralistischen Struktur des Gastlandes erheblich subventioniert. 1963 gab es in Westdeutschland 20 derartige Vereine, 1974 waren es bereits 112 in Westdeutschland und 156 in ganz Westeuropa (*Abadan-Unat*, N.: 1979, S. 22), 1980 gar 573 in Westdeutschland und 117 in den anderen Ländern Westeuropas.

In dieser Phase wurde dem Problem, wie die Familien von Arbeitsmigranten zu ihren Angehörigen in das Gastland nachgeholt werden könnten, wenig Aufmerksamkeit geschenkt, obwohl die Idee von einem einjährigen Auslandsaufenthalt bald aufgegeben wurde. Bei den Migranten handelte es sich zumeist um Männer, die allein ins Ausland gingen und ihre Familien in der Türkei zurückließen. Viel wichtiger war zu jener Zeit die Diskussion über die ghettoähnlichen Bedingungen, unter denen die vorwiegend männlichen Arbeitskräfte in den Gastländern lebten, und der reglementierte Tagesablauf in den von den Arbeitgebern errichteten Unterkünften.

Während der Rezession von 1966/1967 nahm die Zahl der Rekrutierungen ab. Obwohl 1966 in Westdeutschland rund 70.000 türkische Arbeiter entlassen worden waren, kehrten nur wenige von ihnen in die Heimat zurück. Jene, die auch in anderen Teilen Westdeutschlands oder in benachbarten Staaten (wie Holland oder Belgien) keine neue Arbeit finden konnten, lernten die Leistungen der Arbeitslosenversicherung kennen. Somit führte die plötzliche Wirtschaftskrise den türkischen Arbeitern den Umfang und Nutzen einer sozialen Gesetzgebung vor Augen. Sie löste auch eine hitzige Debatte über die wirtschaftliche und gesellschaftliche Rolle der ausländischen Arbeitskräfte als »Konjunkturpuffer«, das heißt einer Arbeitskräftereservearmee

aus. Zu jener Zeit wurden in den nationalen europäischen Gewerkschaften spezielle Sektionen für Arbeitsmigranten aufgebaut.

1972 bis 1975

Konsolidierung und Neudefinierung der Ziele bei der Beschäftigung ausländischer Arbeitnehmer

In dieser Phase finden sowohl in den Gast- als auch in den Heimatländern wesentliche Entwicklungen statt. Bis 1973 hatten die Gastländer erkannt, daß die Beschäftigung ausländischer Arbeitskräfte nicht länger »zeitweiligen« Charakter trug. Unter dem Druck der jeweiligen nationalen Gewerkschaften trafen die Gastländer mit der Türkei eine Reihe von Vereinbarungen zur sozialen Absicherung der Migranten im Krankheitsfalle und bei Unfällen, bei Berufskrankheiten, Invalidität und Unfalltod sowie über Mutterschaftsgeld, Kindergeld, Arbeitslosengeld, Alters-, Witwen- und Waisenrente.

Seit 1973 beeinflussten die weltwirtschaftlichen Ereignisse aber auch die Position der ausländischen Arbeitnehmer in Westdeutschland. Das Ölembargo von 1973/1974, die daraus folgende Vervierfachung der Rohölpreise, und die Rezession, die in Deutschland mehr als eine Million Arbeitslose zur Folge hatte, führten zu einer neuen Politik gegenüber ausländischen Arbeitnehmern: Es wurden keine weiteren Arbeiter mehr ins Land geholt. Wer bereits dort war, konnte bleiben, es wurden aber Anreize geschaffen, in die Heimat zurückzukehren. Die wirtschaftliche Situation führte zu einer scharfen Polarisierung der Meinungen zur Einwanderungspolitik. Einerseits befürworteten der *Deutsche Unternehmerverband* und die Kommunen – aus Sorge, die deutsche Infrastruktur (Krankenhäuser, Schulen, soziale Dienste) könnte überstrapaziert werden – wieder das Prinzip der Arbeitskräfterotation, von dem bei der Anwerbung ausländischer Arbeitskräfte ursprünglich ausgegangen worden war. Andererseits begann die wichtigste Arbeitnehmervertretung, der *Deutsche Gewerkschaftsbund* (DGB), ab 1968 aus Sorge, das Lohnniveau könnte sinken, wenn ausländische Arbeitnehmer niedrige Löhne akzeptieren, und um weiteren illegalen Einwanderungen vorzubeugen, das diskriminierende Ausländergesetz von 1965 anzugreifen und sich für das Prinzip der »vollständigen Integration« einzusetzen (*Arendt, W.*: 1973, S. 689ff.).

Die damit ausgelöste Diskussion führte zu einer wesentlichen Änderung der offiziellen Arbeitsmarktpolitik Westdeutschlands. Die getroffenen Maßnahmen beeinflussten den Migrationsstrom nachhaltig. Während 1973 noch 103.753 neue Arbeitskräfte aus der Türkei nach Westdeutschland gekommen waren, wurden 1975 nur noch 640 neue Arbeitsgenehmigungen erteilt (*Rist, D.:* 1978, S. 113).

Diese drastischen Maßnahmen erklären auch den plötzlichen Anstieg der Zahl der illegalen Einwanderer. Bereits 1970/1971 standen in der Türkei mehr als eine Million Menschen auf den Wartelisten. Wer nicht sechs oder sieben Jahre warten wollte, versuchte, die scheinbar endlosen Prozeduren zu umgehen, indem er inoffiziell emigrierte. Vor allem in den siebziger Jahren hofften inoffizielle Einwanderer, als »Touristen« in ein Aufnahmeland einreisen zu können und dort einen Arbeitgeber zu finden, der sie trotz fehlender Arbeitserlaubnis einstellt. Auch Busreisen durch sozialistische Länder (Bulgarien, Rumänien, Ostdeutschland) wurden gern genutzt: Über Ostberlin reiste man in Ostdeutschland ein und ging von dort nach Westberlin. Eine Untersuchung aus dem Jahre 1975 zeigt, daß von den fünfhundert Migranten der Provinz Yozgat 42,4 Prozent ursprünglich mit einem Touristenvisum ins Ausland gegangen waren (*Penninx, R./van Velzen, L.:* 1976, S. 180).

Als der Schutz der illegalen Arbeiter dringend notwendig wurde, boten einige Regierungen eine Amnestie an und gaben offizielle Einreiseerlaubnisse an diese Migranten aus. Derartige Amnestien gab es in Belgien (1966 und 1974), in einigen westdeutschen Bundesländern (Hessen und Rheinland-Pfalz 1972), in Frankreich (1973) und in Holland (1975) (*Hale, W.:* 1978, S. 43).

In der dritten Phase begannen sowohl die Türkei als auch die wichtigsten Gastländer die Probleme zu sehen, die mit dem Import ausländischer Arbeitskräfte verbunden waren. Das zeigte sich an der großen Zahl von Beiträgen in der türkischen und europäischen Presse zu diesem Thema wie auch in der Berichterstattung der Medien über Arbeitskräftemangel, ausländische Arbeitnehmer und die Auswirkungen auf das gesellschaftliche Leben. Seit dieser Zeit ist auch ein Einfluß der Migration auf die Kunst, vor allem auf die Literatur, in Europa und den Herkunftsländern festzustellen.

1975 bis 1978

Die Niederlassung im Ausland auf unbestimmte Zeit

Diese Zeit hat unter vielen Arbeitsmigranten ambivalente Gefühle hinsichtlich ihrer Rückkehrabsichten ausgelöst. Einerseits wollten die meisten von ihnen an der Illusion festhalten, eines Tages nach Hause zurückkehren und ihre Träume verwirklichen zu können. Andererseits veranlaßten die hohen Arbeitslosenzahlen, zunehmende Gewalt und politische Instabilität in der Heimat eine ganze Reihe von ihnen, ihre Rückkehr mindestens bis zum Rentenalter hinauszuschieben. Sie begannen, ihre Familien nachzuholen, so daß die Familienzusammenführung zum vorwiegenden Einreisegrund wurde. Diese Tendenz wurde indirekt und ungewollt von der deutschen Gesetzgebung unterstützt. Ein wichtiger Schritt in diese Richtung war die Entscheidung, Ehefrauen und Kindern, die nach dem Dezember 1974 in Westdeutschland eingereist waren, keine Arbeitsgenehmigungen zu erteilen.

Das anschaulichste Beispiel für unbeabsichtigte Folgen einer politischen Entscheidung waren die neuen Kindergeldbestimmungen. Vor dem 1. Januar 1975 galten für Kinder im Gastland und im Heimatland des Migranten unterschiedliche Sätze. Im Zuge der Reform wurde allen in Deutschland lebenden Kindern, egal welcher Nationalität, das gleiche Kindergeld gezahlt. Niedrigere Sätze gab es für Kinder von Arbeitsmigranten, die nicht in Deutschland lebten.

Diese Kindergeldregelungen trafen vor allem die türkischen Arbeitnehmer, denn obwohl Familienzusammenführungen unter ihnen immer häufiger wurden und sie mit 86 Prozent den höchsten Anteil an verheirateten ausländischen Arbeitnehmern stellten, hatten nur 46 Prozent ihre Familien schon bei sich. Als Reaktion auf die neuen Bestimmungen holten viele ihre Frauen und Kinder nach. Darüber hinaus haben die neuen Kindergeldregelungen anscheinend auch das Reproduktionsverhalten der Migranten beeinflusst: 1984 betrug die Fruchtbarkeitsrate bei Türken 3,5 pro 1.000 Frauen im gebärfähigen Alter, während sie bei Westdeutschen bei 1,3 lag. Zwischen 1974 und 1980 stieg die Zahl der türkischen Kinder unter 16 Jahren in Westdeutschland um 129,8 Prozent, allein 1978/1979 betrug der Zuwachs 15,7 Prozent. 1980 waren 40 Prozent der türkischen Migrantenbevölkerung in Westdeutschland, der Schweiz, Schweden und Norwegen jünger als 18 Jahre. Die schnelle Zunahme der Migrantenbevölkerung unter 18 Jahren verschärfte die sozialen Probleme noch: Sie waren

mit der Sprache des Gastlandes nicht vertraut, hatten Schwierigkeiten, sich der neuen Gesellschaft anzupassen und konnten die Vorzüge eines kompliziert gestalteten Bildungssystems nicht nutzen. All das trug zu ihrer Isolierung in der Gesellschaft bei, so daß sie weiterhin ein Ghettodasein oder die Selbstisolation im Kreise ihrer Verwandten und Freunde vorzogen.

Der starke Wunsch der Migranten, in Westdeutschland zu bleiben, hat seit 1973 auch zu einem merklichen Anstieg der Zahl der Mischehen geführt. Wie *Der Spiegel* berichtete, gab es 1965 526 Ehen zwischen Türken und Deutschen, 1975 waren es 964 und 1980 schon 3.765 (siehe auch *SOPEMI*: 1981).

In dieser Phase traten die Probleme der Vermittlung einer ausreichenden Bildung an die Kinder türkischer Migranten stärker in den Vordergrund. Obwohl in Deutschland die Gleichheit der Bildungschancen betont wird, fallen Bildung und Kultur in die Zuständigkeit der Bundesländer, die viele unterschiedliche Bildungsmodelle und eine verwirrende Zahl von getrennten und integrierten Klassen anbieten. Darüber hinaus werden Kinder, die dem Unterricht in deutscher Sprache nicht folgen können, für ein Jahr oder länger in Sonderschulen für geistig zurückgebliebene Kinder geschickt (*Hily, M.A.*: 1981). 28).

Verunsichert durch die komplizierten Anforderungen der unterschiedlichen Schulsysteme, beschlossen viele Eltern, ihre Kinder nach fünf Jahren – der in der Türkei üblichen Schulpflicht – aus der Schule zu nehmen. In Westdeutschland hingegen ist der Schulbesuch bis zur Vollendung des 16. Lebensjahres Pflicht. Neben den deutschen Schulen besuchen die türkischen Kinder oft am Samstag und Sonntag private Koranschulen, die pädagogisch völlig entgegengesetzte Prinzipien vertreten. Während die westdeutschen Schulen das kreative Denken und die geistige Neugier in den Vordergrund stellen, besteht der religiöse islamische Unterricht vor allem im Auswendiglernen von Texten in arabischer Sprache, die die Kinder meist nicht verstehen. So müssen die Migrantenkinder nicht nur mit dem schwierigsten Problem, der Sprachbarriere, fertigwerden, sondern auch mit dem Aufeinandertreffen unterschiedlicher kultureller Werte.

Das deutsche Schulsystem ist stets selektiv, elitär und streng gewesen (*Rist, D.*: 1978). Rund 90 Prozent der Schüler erwerben nicht die Qualifikation zum Besuch einer Universität. Dies trifft auf die ausländischen Kinder in noch viel stärkerem Maße zu. Bislang erwerben 60 Prozent der Kinder ausländischer Arbeitnehmer in Westdeutschland keine höhere Schulbildung (*Bodenbender, W.*: 1976). Obwohl

Maßnahmen ergriffen wurden, um eine Berufsausbildung zu ermöglichen, haben 1979 nur 18 Prozent der türkischen Jugendlichen zwischen 15 und 21 Jahren eine Berufsschule besucht (*Çalışma Bakanlığı*: 1982, S. 109; siehe auch *Hecker, U./Schmidt-Hackenberg, T.*: 1980, S. 51).

Neben dem Hauptproblem, ungenügende Deutschkenntnisse, stehen die türkischen Kinder vor folgenden Problemen:

- a) In einigen Bundesländern gibt es Bestrebungen, die Kinder aus den regulären deutschen Klassen fernzuhalten und sie in gesonderten Klassen zusammenzufassen (bayerisches Modell);
- b) es muß entschieden werden, wer den Türkischunterricht für die Kinder durchführt;
- c) es gibt das Modell der völligen Integration, bei dem die Muttersprache nicht gelehrt und das Kind damit seinem Zuhause und seinen Eltern entfremdet wird (Berliner Modell);
- d) die Betonung der ständigen Bewertung der Schüler.

Probleme entstehen auch aufgrund der unterschiedlichen Lehrmethoden der beiden Gruppen türkischer Lehrer. Die einen werden vom türkischen Bildungsministerium ernannt, während andere von den deutschen Schulbehörden eingestellt und entlohnt werden. Die von Ankara geschickten Lehrer bieten nach dem Freiwilligkeitsprinzip Unterricht in Geschichte, Türkisch und Geographie und können daher nicht alle türkischen Kinder einer Region unterrichten. Die türkischen Lehrer, die von deutscher Seite angestellt sind, helfen den Schülern beim Erlernen der deutschen Sprache. Darüber hinaus ist bisher nur an wenigen Orten wie in Berlin Türkisch als erste Fremdsprache eingeführt worden. Diese Situation, die als Pflege eines »bilingualen Analphabetentums« charakterisiert werden kann, macht schnelle und effektive politische Maßnahmen erforderlich. Abschließend muß bemerkt werden, daß einige türkische Eltern ihre ältesten Töchter benachteiligen, indem sie sie zur Betreuung der jüngeren Geschwister einsetzen. Wenn beide Eltern berufstätig sind, besuchen diese Mädchen nur unregelmäßig die Schule oder gehen ganz ab.

1978 bis 1985

Zunehmende Aktivitäten von Vereinigungen

Zu Beginn der sechziger Jahre wurden Vereinigungen türkischer Arbeitnehmer vor allem vom Gastland unterstützt. Sie übernahmen in gewisser Weise die Funktion von Gewerkschaften und förderten die sozialen Beziehungen innerhalb der türkischen Gemeinschaft. Ihre Zahl und Bedeutung nahm rasch zu.

Nach und nach wurden die Vereinigungen in ideologische Kontroversen hineingezogen. Sowohl linke, internationalistisch orientierte als auch religiös-fanatische, rechte Vereinigungen begannen, in den großen Städten Mitglieder zu werben und entwickelten sich zu Satelliten extremistischer politischer Parteien in der Türkei. So hatte die faschistisch orientierte *Nationale Aktionspartei* bis 1973 sechs autonome Sektionen in Berlin, Hannover, Köln, Mannheim, München und Stuttgart eingerichtet, die über bürgerwehrrähnliche Kommandos verfügten, die sogenannten *Grauen Wölfe*. Nach scharfer Kritik im Bundestag wurden diese Sektionen im November 1976 aufgelöst. Auf ähnliche Weise unterstützten ultrakonservative religiöse Vereinigungen nicht nur die *Partei der Nationalen Rettung* in ihrer Heimat, sondern gründeten auch in allen größeren Städten private Schulen, in denen eine Mischung aus missionarischem Eifer und ideologischer Kriegsführung unterrichtet wurde (*Abadan-Unat, N.: 1979, S. 23*). Nach dem Einschreiten des Militärs im Jahre 1980 beteiligten sich einige dieser extremistischen Vereinigungen an europaweiten Hungerstreiks und verurteilten die amtierenden Regierungen scharf. Damit machten sie sich zum Sprachrohr verfolgter oder geflohener türkischer Aktivisten. Die finanzielle Unterstützung, die die Vereine weiterhin von den deutschen Behörden erhielten, erklärt zum Teil ihr weiteres Erstarken. Solche Gruppen trugen zur Entstehung ernsthafter politischer Probleme bei, vor allem im Zusammenhang mit den sezessionistischen Forderungen der Kurden und den von Khomenis Lehre beeinflussten fundamentalistischen Fraktionen (*Blaschke, J.: 1984, S. 295ff.*).

Anstieg der Asylanträge

Neben dem zunehmenden Einfluß der Tätigkeit von Vereinigungen kam es in dieser Phase zu einer weiteren unerwarteten Entwicklung.

1978 wurde das Verbot der Anwerbung weiterer Arbeitskräfte in Europa verschärft. Die westdeutschen Behörden sahen sich plötzlich einem enormen Anstieg der Zahl sogenannter politischer Flüchtlinge gegenüber, die Asyl beantragten. In Wahrheit handelte es sich bei diesen Asylbewerbern meist um Einwanderungswillige, die Arbeit suchten und mit Hilfe skrupelloser deutscher Anwälte ihren Anspruch auf politisches Asyl formulierten (Tabelle 5).

Alarmiert durch den schnellen Anstieg der Zahl von Migranten, die politisches Asyl beantragten, leiteten die deutschen Behörden im Juni 1980 Schritte ein, um Personen, die als Wirtschaftsmigranten betrachtet wurden, von der Asylgewährung auszuschließen. Den neuen Bestimmungen zufolge wurden Asylbewerber in Sammellagern untergebracht und hatten keinen Anspruch auf eine Arbeitserlaubnis oder finanzielle Unterstützung (*SOPEMI*: 1981, S. 19). Nach Inkrafttreten dieser Regelung sank die Zahl der Asylsuchenden allmählich von 10.932 im Mai 1980 (darunter 6.668 oder 61 Prozent Türken) auf 2.338 im April 1981 (darunter 405 oder 17,3 Prozent Türken) (*Abadan-Unat, N.*: 1986, S. 343).

Schließlich führte die Bundesrepublik für Türken die Visumpflicht ein. Alle europäischen Staaten mit Ausnahme Großbritanniens, Österreichs und Italiens folgten ihrem Beispiel. Dadurch wurden Besuche zwischen Migranten und ihren Familien eingeschränkt, und die Spannungen zwischen dem Gastland und den ausländischen Arbeitnehmern wuchsen.

Diese Phase ist von zunehmender Fremdenfeindlichkeit gekennzeichnet, die zum Teil auf wachsende Arbeitslosigkeit in den europäischen Ländern zurückgeht. Oft werden aber die unübersehbaren kulturellen Unterschiede zwischen Türken und Deutschen zur Wurzel des Problems erklärt. Es kam zu dramatischen Zwischenfällen unter türkischen Migranten wie Gewaltakten, Selbstmord von Jugendlichen, die nicht in ihr Heimatland zurückzukehren wollten, und zu Totschlag aufgrund persönlicher Konflikte. In größeren deutschen Städten tauchten verstärkt Graffitis auf wie »Juden raus« und »Türken raus«. Die weitverbreiteten »Türkenwitze« reichen von der Verunglimpfung der Türken bis hin zu Aufrufen zu ihrer Vernichtung. Man macht sich über ihre Ernährungsgewohnheiten, ihre Kleidung, ihre Namen und selbst über ihre Überlebensstrategien lustig. Verbale Angriffe auf Türken, die als Bedrohung gesehen werden, bringen Stereotype ins Spiel, die auf ältere Fragen wie das Verhältnis zu den Juden zurückgehen, über die heute in Deutschland nicht gesprochen wird (*Toelken, B.*: 1985, S. 151). Man kann mit Recht sagen, daß Türkenwitze ein

Maß für latenten Faschismus und extrem rechte politische Tendenzen im heutigen Deutschland sind (*Albrecht, R.*: 1982, S. 220ff.). Das offen rassistische Klima wurde durch nationalistische Manifeste wie die von sechzehn deutschen Universitätsprofessoren unterzeichnete Heidelberger Erklärung noch weiter angeheizt, die im Interesse der Wahrung der »christlichen westlichen Werte Europas« die schnelle Rückführung aller Arbeitsmigranten forderte (*Die Zeit*, 26. Dezember 1982).

1985 bis zur Gegenwart

Türkische Migration in Länder des Nahen Ostens

Die gegenwärtige Phase ist von einem starken Rückgang der Migration in westeuropäische Länder gekennzeichnet. 1985 migrierten nur 165 Personen aus der Türkei, 110 davon in die Schweiz. 1987 migrierten von insgesamt 208 Personen 75 – von denen alle Männer waren – nach Österreich und 83 in die Schweiz. Gleichzeitig lag die Zahl der Migranten in arabische Länder 1985 bei 46.359, von denen 35.067 nach Saudi-Arabien gingen. 1987 migrierten insgesamt 38.281 Türken in Länder des Nahen Ostens, 10.985 von ihnen nach Libyen und 27.109 nach Saudi-Arabien.

Vergleicht man das mit den Zahlen für Libyen und den Irak im Zeitraum 1984/1985, ist ein starker Rückgang festzustellen. 1985 betrug dieser im Falle Libyens rund 41 Prozent und im Falle des Irak 34 Prozent. Seit Beendigung des Krieges zwischen Iran und Irak gab es eine Reihe von Projekten, um den Export von Arbeitskräften in diese beiden Länder zu verstärken. Die Erwartungen haben sich jedoch bis heute nicht erfüllt. Andererseits lag die Zahl der Ausreisen nach Saudi-Arabien 1985 um 35 Prozent über der des Vorjahres. Auch 1986/1987 kam es zu einem Anstieg um rund 4.000 Personen. Während dieser Zeit machte die Emigration türkischer Arbeiter nach Saudi-Arabien rund 66 Prozent der gesamten Migration in den Nahen Osten aus. 1985 lebten 87 Prozent der im Ausland lebenden Türken in Europa, 9,2 Prozent in arabischen Ländern und 3,8 Prozent in Australien (*SOPEMI*: 1986, S. 39). 1987 gingen 98,2 Prozent der über das türkische Arbeitsamt vermittelten Migranten in den Nahen Osten und die arabischen Länder und nur 1,8 Prozent nach Europa und Australien (siehe Tabelle 6).

1983 arbeiteten insgesamt 215.284 Türken in arabischen Ländern, rund 37 Prozent von ihnen in Libyen, 59 Prozent in Saudi-Arabien und vier Prozent im Irak (*Çalışma Bakanlığı*: 1984, S. 91, 98). 1987 war die Zahl der türkischen Arbeiter in den arabischen Ländern auf 364.585 gestiegen; etwa 48 Prozent von ihnen hielten sich in Libyen und 51 Prozent in Saudi-Arabien auf (*Turkish Employment Office*: 1988, S. 82). Die Zahl der Firmen, die im Nahen Osten von türkischen Unternehmern gegründet werden, steigt offenbar ständig. Es scheint aber auch Grenzen für die türkische Migration in den Nahen Osten zu geben, denn in den letzten Jahren bestand die offizielle politische Linie darin, in erster Linie Arbeiter aus asiatischen Ländern anzuwerben. Der Zustrom der asiatischen Arbeiter ist vor allem darauf zurückzuführen, daß sie bereit sind, für niedrige Löhne zu arbeiten. Ein türkischer Arbeiter wird einen Monatsvertrag über acht Stunden Arbeit an sechs Tagen in der Woche unterzeichnen, wenn er dabei mindestens 300 Dollar verdient. Asiaten sind mit weniger zufrieden: Thailänder arbeiten schon für 225 Dollar, Inder für 210 Dollar, Filipinos für 208 Dollar und Pakistanis für 193 Dollar pro Woche (*Çalışma Bakanlığı*: 1982, S. 95f.).

Die wichtigsten Merkmale der ausländischen Arbeitskräfte im Nahen Osten können wie folgt zusammengefaßt werden:

1. Sie sind – mit Ausnahme der Lehrer – vor allem männlich. Arbeitsmöglichkeiten für Frauen gibt es kaum.
2. Abgesehen von hochqualifizierten Ausländern sind die meisten ausländischen Arbeitskräfte gezwungen, recht bescheiden zu leben.
3. Die Anwerbung wird normalerweise von im Gastland tätigen Firmen, örtlichen Agenturen oder im Rahmen einer umfassenderen Vereinbarung von einer multinationalen Gesellschaft vorgenommen.
4. Arbeits- und Aufenthaltsgenehmigungen sind streng auf den im Arbeitsvertrag genannten Zeitraum begrenzt; ein Wechsel der Arbeitsstelle ist nur mit schriftlicher Genehmigung möglich (*tenezzuel*).
5. Bilaterale Vereinbarungen gibt es kaum.
6. Nur Arbeitsmigranten, die einer hochqualifizierten Berufsgruppe angehören, können sich auf unbegrenzte Zeit niederlassen. Sie müssen dann ihre Familie bei sich haben.

Türkische Arbeitskräfte drängen nicht nur auf den Arbeitsmarkt im Nahen Osten. Ein ganz neues Phänomen muß hier erwähnt werden: das Vordringen türkischer Firmen und ihrer Mitarbeiter nach Rußland. Gegenwärtig baut die ENKA mit mehr als 1.000 türkischen Facharbeitern und angeleiteten Arbeitern in Moskau ein Gesundheitszentrum. Eine andere Gesellschaft mit dem Namen MIR (Frieden), zu der vier türkische Baufirmen – darunter Kutlutaş, Koray und Eska – gehören, beginnt auf der Krim mit ebenfalls rund 1.000 Arbeitskräften ein weiteres Gesundheitszentrum aufzubauen. Diese neue Entwicklung ist bisher noch nicht untersucht worden.

Rückwanderung

Mit dem Anwerbestopp der europäischen Länder und dem Älterwerden der dort lebenden türkischen Bevölkerung begann die Rückwanderung an Umfang und Bedeutung zu gewinnen. Vor allem in jüngster Zeit kehrten jährlich rund 200.000 Personen in die Türkei zurück. Die deutsche Politik unterstützte die Rückkehr von Ausländern mit dem Gesetz zur Förderung der Rückkehrbereitschaft von Ausländern, das am 30. Juni 1984 auslief, und stellte allen, die in ihr Heimatland zurückkehrten, eine bestimmte Summe zur Verfügung. Dieses Gesetz trug dazu bei, daß die türkische Bevölkerung in Deutschland um 5,4 Prozent abnahm (*SOPEMI*: 1985, S. 22). 1985 kehrten rund 100.000 Türken in ihr Heimatland zurück, 43.246 von ihnen kamen aus Deutschland. Um ihnen bei der Wiedereingliederung in der Türkei zu helfen, wurde 1986 mit Deutschland eine Vereinbarung über Wohnungsbaukredite unterzeichnet. Die Rückwanderung hatte kaum Auswirkungen auf die industrielle Produktion. Ehemalige Migranten sind vor allem daran interessiert, sich selbständig zu machen – eine Tendenz, die schon lange bekannt ist (*Abadan-Unat*, N.: 1972, S. 278ff.). Von den rund 250.000 Türken, die 1984 in ihr Heimatland zurückkehrten, haben sich nur 253 beim Arbeitsamt gemeldet. Das Ministerium für Industrie und Handel bietet Rückkehrern Kredite für Werkstätten und Kooperativen in ausgewählten Industriezonen an, um die industrielle Entwicklung dort voranzutreiben. Das vorherrschende Investitionsmuster der Rückkehrer bleibt jedoch der Erwerb von Häusern, Wohnungen und Land und die Gründung kleiner Betriebe, von denen viele nach wenigen Jahren bankrott sind. Das Dilemma der Rückkehrer besteht in erster Linie darin, daß sie nicht wissen, wo sie hingehören. Als *Alamanyalı* (»die

aus Deutschland«, auch wenn sie aus anderen Ländern zurückgekehrt sind) werden sie von ihren Landsleuten beneidet und zum Teil diskriminiert. Meist leben sie von ihrer Rente oder einem kleinen Gewerbe, wie empirische Untersuchungen in Bursa und Ankara immer wieder bestätigt haben (*Genç, M. et al.: 1987, Kemiksiz, N.: 1988*).

Die Migration hat zwar starke soziale Veränderungen in der Türkei bewirkt, sie hat jedoch nicht, wie ursprünglich erwartet, »zur Ausbildung von Fachkräften für die Industrie« geführt. Vielmehr trug sie zum »Mythos vom Beitrag des einzelnen zur Modernität« bei (*Boehning, R.: 1984, S. 176*). In der Türkei und in anderen Ländern wird deutlich, daß die Rückwanderung ein selektiver Prozeß ist. Die Erfahrung zeigt, daß die meisten Rückkehrer älter und weniger qualifiziert sind, einen schlechteren Gesundheitszustand haben und mehr durch persönliche und familiäre Probleme belastet sind als der Durchschnitt der Emigranten.

Eine Untersuchung von *Ali S. Gütmez* aus dem Jahre 1978 sowie eine weitere Studie, die 1980 im Auftrage der *Friedrich-Ebert-Stiftung* erarbeitet wurde, zeigten, daß nur 60 Prozent der türkischen Migranten der ersten Generation beabsichtigten, in ihre Heimat zurückzukehren. Bei Vertretern der zweiten Generation lag dieser Prozentsatz nur noch bei 34 Prozent (*Mehrländer, U.: 1983, S. 158*). Untersuchungen des *Zentrums für Türkische Studien* in Bonn von 1986 zufolge wollten 39,4 Prozent überhaupt nicht in die Türkei zurückkehren, weitere 21 Prozent frühestens in zehn Jahren, so daß nach diesen Angaben 60,4 Prozent der türkischen Bevölkerung entweder lange oder für immer in der Bundesrepublik bleiben wollten (*Şen, F./Erichsen, R.: 1987, S. 25*).

Ein weiteres Kriterium zur Kategorisierung der Rückkehrer kann, wie *Abadan-Unat* zeigt, unter Hinzuziehung des zeitlichen Aspektes entwickelt werden. Demnach kann zwischen »früh« und »spät« zurückkehrenden Migranten unterschieden werden. Das herausragende Merkmal der ersten Kategorie scheint, wie verschiedentlich in Untersuchungen belegt (*Tuna, O.: 1966; Devlet Planlama Teşkilâtı: 1971; Abadan-Unat, N. et al.: 1975; Yasa, I.: 1979; Gütmez, A.S.: 1979*), darin zu bestehen, daß die Migranten nicht in der Lage sind, sich an das Leben in der Industriegesellschaft anzupassen. Wer von ihnen aus einer ländlichen Gegend kam, kehrt dorthin zurück. *F. Cerase* hat dafür den Begriff »Rückkehr wegen Mißerfolgs« eingeführt (*Cerase, F.: 1974*).

Die meisten der »frühen« Rückkehrer gaben familiäre Gründe für diese Rückkehr an; in Wahrheit scheinen jedoch Desillusionierung

und Probleme, mit den Anforderungen einer strengen Arbeitsteilung und Zeiteinteilung zurechtzukommen, bei ihrer Entscheidung, den begehrten Arbeitsplatz im Ausland wieder aufzugeben, den Ausschlag gegeben zu haben.

Die »späten« Rückkehrer haben meist lange Jahre im Ausland verbracht. Eine 1987 an der Universität Bursa von *Mehmet Genç* durchgeführte Untersuchung zeigt, daß 42 Prozent von ihnen mehr als zehn Jahre in Europa gelebt haben, eine hohe Qualifikation besitzen (73 Prozent), und erste Berufserfahrungen aus der Heimat mitgebracht hatten (75 Prozent).

Diese Menschen sind aus unterschiedlichen Gründen (Ausbildung der Kinder, Gründung eines eigenen Unternehmens) in ihre Heimat zurückgekehrt. Von den »späten« Rückkehrern im Gebiet Bursa betrachteten 57 Prozent ihre Ersparnisse als ausreichend, 40 Prozent äußerten ihre Befriedigung darüber, ihre im Ausland erworbenen Kenntnisse anwenden zu können (*Genç, M.: 1987, Tabelle 48*).

Doch selbst für »späte« Rückkehrer ist die Reintegration nicht einfach. Rückkehrer, die sich ein Gewerbe aufbauen, werden oft von der wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Rückständigkeit des Gebietes, in das sie zurückkehren, entmutigt. Es ist natürlich sehr schwer, die erworbene »Sozialisation auf Industrieberufe« an eine Situation anzupassen, wo Industriebetriebe und moderne gesellschaftliche Einrichtungen kaum entwickelt sind. Die türkischen Arbeiter führen im allgemeinen keine Neuerungen in ihrer heimatlichen Region ein (*Körner, H.: 1987, S. 79*).

Während die Rückkehr nur selten zu erfolgreicher Reintegration führt, nimmt die Zahl der türkischen Gewerbebetriebe in den Gastländern zu. Besonders das Kleingewerbe hat seit 1982 eine beachtliche Entwicklung genommen. 1985 wurden allein in Deutschland rund 22.000 Kleingewerbebetriebe gegründet, die rund 60.000 neue Arbeitsplätze schufen, vor allem in Nordrhein-Westfalen und Hessen. Die Unternehmen reichen vom Groß- über den Einzelhandel bis hin zur Lebensmittelverarbeitung, dem Tourismus, Versicherungen und anderen Dienstleistungen (*Şen, F.: 1986, S. 92f.*). Die meisten Betriebe wurden im Bereich Lebensmittelverarbeitung und -vertrieb gegründet, gefolgt von Import- und Exportunternehmen.

Aus der Verlegung des ständigen Wohnsitzes ins Ausland und dem Einstieg in das Geschäftsleben leitet sich direkt die Forderung der im Ausland lebenden Türken nach Ausübung ihrer politischen Rechte ab. Gegenwärtig räumen nur Schweden und die Niederlande Ausländern bei örtlichen Wahlen ein Stimmrecht ein. Darüber hinaus

erwägen der Hamburger und der Berliner Senat nach dem Rechtsrutsch bei den Wahlen von 1988 eine Änderung ihrer Wahlgesetze im Interesse der Ausländer.

Die Ergebnisse früherer Wahlen zeigen, daß die in Schweden lebenden Türken meist sozialdemokratisch wählen, während sich die türkische Bevölkerung in den Niederlanden eher von den Konservativen angesprochen fühlt. Am nachdrücklichsten setzen sich die türkischen Vereine in Berlin für politische Rechte ein.

Auswirkungen der grenzüberschreitenden Migration auf die sozioökonomische Struktur der Türkei

Zu den wichtigsten positiven Ergebnissen des türkischen Exports »überschüssiger Arbeitskräfte« (dieser Begriff wurde im ersten Fünfjahrplan geprägt) gehörten die zu erwartenden Überweisungen in ausländischer Währung. Sie wurden zu einem wichtigen Aktivposten der türkischen Wirtschaft und waren seither das wichtigste Instrument, die Lücke in der Handelsbilanz zu schließen und benötigte ausländische Geldmittel zu beschaffen. Während 1964 noch 45 Millionen Dollar überwiesen wurden, waren es 1980 schon mehr als zwei Milliarden Dollar. Nachdem alle Banken Konten in ausländischer Währung führen durften, stiegen die Überweisungen 1984 um 21 Prozent. Verglichen mit 1984 (1,9 Milliarden Dollar), gingen sie 1985 leicht zurück und betragen nur noch 1,8 Milliarden Dollar. Diese Überweisungen glichen 59,6 Prozent des türkischen Handelsdefizits aus (*SOPEMI*: 1986, S. 38).

Die Bemühungen der Türkei, die Ersparnisse der Arbeitsmigranten möglichst gut zu nutzen, waren nur teilweise erfolgreich. Die »Dorfentwicklungskooperativen«, der erste Versuch dieser Art, in dem über Beteiligungsprogramme die Ersparnisse in die türkische Landwirtschaft fließen sollten, schlug fast völlig fehl.

Das zweite Modell, die »Arbeitergesellschaften«, entwickelte sich zu einer teilweise rentablen Investitionsform, mit der auch Arbeitsplätze geschaffen wurden. Gegenwärtig haben rund 100 Arbeitergesellschaften das Produktionsstadium erreicht und beschäftigen insgesamt 10.972 Personen. 63 Arbeitergesellschaften befinden sich im Investitionsstadium und werden weitere 8.143 Arbeitsplätze schaffen (*Çalışma Bakanlığı*: 1982, S. 313ff.).

Politisches Verhalten der Rückkehrer

In seiner Dissertation stellt *Neşe Kemiksiz* die Ergebnisse einer empirischen Untersuchung vor, die 1988 in Ankara durchgeführt wurde und von der Befragung von 100 Rückkehrern, darunter 50 Frauen, ausgeht. Die Untersuchung hat noch einmal gezeigt, daß nicht landlose Bauern oder Arbeitslose aus den Städten ins Ausland gehen, sondern in erster Linie Menschen, die ihren sozioökonomischen Status verbessern wollen.

Meist gingen sie in der Absicht, das im Ausland verdiente Geld zu sparen, um sich später in der Heimat selbständig machen zu können. Als Rollenmodell nahmen sie den Status kleiner Ladenbesitzer oder vergleichbarer Gruppen an. Obwohl sie lange Zeit im Ausland gelebt hatten, identifizierten sie sich nur selten mit Industriearbeitern. Folglich nahmen sie nach ihrer Rückkehr im allgemeinen auch keinen Arbeitsplatz in der Industrie an und waren wenig motiviert, im Ausland neue Fähigkeiten zu erwerben.

Im Ausland stellte die türkische Migrantenbevölkerung eine stark nach innen orientierte Gruppe mit sehr beschränkten Beziehungen zu Einrichtungen und zur Bevölkerung des Gastlandes dar. Die Migranten freundeten sich vorwiegend mit Landsleuten an, lebten zum großen Teil in türkischen Ghettos und versuchten nur in sehr begrenztem Maße, sich der neuen Umgebung anzupassen. Die Anpassungsschwierigkeiten der Migranten der ersten Generation sind auf ihre starke kulturelle Identität zurückzuführen, während sie bei der zweiten Generation von der Einsicht herrühren, daß ihnen fast alle Wege sozialer Mobilität verschlossen bleiben. Eigentlich besteht der Hauptgrund für die Rückkehr darin, daß beide Generationen erkannt haben, daß, wenn sie im Ausland bleiben, die zweite Generation keine andere Möglichkeit hat als in die Fußstapfen ihrer Eltern zu treten. Die Auswahl des Wohnortes folgt ähnlichen Überlegungen: Sie wählen urbane Zentren, vorzugsweise große Städte, um ihren Kindern gute Bildungschancen zu bieten.

Zur Reintegration und den jeweils geltenden Prioritäten hat *Kemiksiz* folgende Typologie entwickelt:

- a) Für die erste Generation der männlichen/weiblichen Migranten stehen die Wahrung moralischer Werte und Gleichberechtigung in menschlichen Beziehungen an erster Stelle.

- b) Die männlichen Rückkehrer der zweiten Generation messen dem Recht auf soziale Sicherheit und angemessenen Lohn die größte Bedeutung bei.
- c) Weibliche Rückkehrer der zweiten Generation sehen in der völligen Meinungsfreiheit die wichtigste Voraussetzung für eine erfolgreiche Reintegration.

Was das politische Verhalten der Rückkehrer angeht, zeigen die Ergebnisse von *Kemiksiz*, daß die erfolgreichen männlichen Migranten der zweiten Generation am meisten an politischen Fragen und politischer Mitwirkung interessiert sind. Die weiblichen Migranten der zweiten Generation, die auf Reintegrationsprobleme stoßen, können auch als entfremdete Gruppe betrachtet werden. Im allgemeinen ist die erste Generation politisch weitaus konservativer als die zweite.

Alle Rückkehrer sind politisch relativ gut informiert und verfolgen arbeitsbezogene Interessen und Fragen genau. Dennoch ist ihr Interesse an demokratischen Werten gering. Sie bevorzugen rechtsgerichtete, konservative Werte vertretende politische Parteien. Dies widerlegt erneut die Hypothese, die grenzüberschreitende Migration würde auch zur Übernahme westlicher Werte führen. Die Rückkehrer treten nicht lautstark für die Modernisierung ein.

Aufgrund der Sprachbarriere, der Konzentration auf bestimmte Wohnviertel und geringer sozialer Kontakte bestehen die wichtigsten sozialen Strukturen innerhalb der Familie, zwischen Verwandten und Freunden. Das erklärt, warum trotz jahrelangen Aufenthalts im Ausland »alte« Verhaltensmuster und Einstellungen vorherrschen.

Das heißt jedoch nicht, daß es zu keinem positiven Austausch kommen würde. Migranten mit potentiell günstigem sozialem Hintergrund, Bildungsstand und Alter verhalten sich der Gastgesellschaft gegenüber aufgeschlossener. Sie nehmen intensiver am kulturellen Austausch teil, ihre politischen Werte, Einstellungen und Verhaltensweisen sind stärker von der politischen Kultur des Gastlandes beeinflußt. Besonders junge Migranten aus Städten, die stärker mit dem Gastland in Austausch treten, haben im Prozeß ihrer politischen Sozialisation Elemente beider Gesellschaften aufgenommen. Weibliche Migranten der zweiten Generation stehen vor dem größten Dilemma. Nach ihrer Rückkehr sehen sich diese jungen Frauen, die mit einem ganz anderen Sozialisationsmuster aufgewachsen sind, vor einen krassen Konflikt der Werte gestellt, der schließlich zu einer deutlichen politischen Entfremdung führt.

Interessant ist die Meinung der von *Kemiksiz* Befragten zu den politischen Parteien Westdeutschlands (siehe Tabelle 7).

Die Einführung des Stimmrechts für im Ausland lebende Türken bei Wahlen in ihrem Heimatland ist vom Parlament 1965, 1969, 1973 und 1985 debattiert worden, jedoch ohne Erfolg. Der erste positive Schritt in diese Richtung war die Annahme einer Ergänzung zum Gesetz Nr. 2389, Art. 95, am 15. April 1986. Danach konnten im Ausland lebende türkische Staatsbürger 70 Tage vor allgemeinen Wahlen an den türkischen Grenzkontrollpunkten von ihrem Stimmrecht Gebrauch machen. Bei den Wahlen 1987 waren 48.820 Stimmen auf diese Weise abgegeben worden, eine sehr geringe Zahl. Man kann daraus schlußfolgern, daß die Nichtgewährung politischer Rechte an im Ausland lebende Staatsbürger und ihre Entfernung von öffentlichen Fragen im Heimatland die Mehrheit der türkischen Diaspora apolitisch macht.

Zusammenfassend läßt sich feststellen, daß eine erfolgreiche wirtschaftliche Integration der Rückkehrer weitgehend davon abhängt, ob sie ihre Rückkehr geplant hatten und ob sie im Ausland neue Fähigkeiten erworben haben, welchen Bildungsstand sie haben und wie sie ihre Ersparnisse investieren. Ihre soziale und politische Integration wird weitgehend von ihrer politischen Informiertheit und ihren politischen Interessen bestimmt. Die Unterstützung konservativer oder liberaler Vorstellungen richtet sich nach ihren politischen Neigungen. Neben unabhängigen Variablen wie Alter, Geschlecht, Bildung, Wohnort und Tätigkeit spielt zweifellos auch ihr Platz in der Klassenstruktur beider Länder eine wesentliche Rolle.

Schlußfolgerung

Die Migration gehört zu den einflußreichsten Triebkräften sozialer Veränderungen in der Türkei. Sie hat nicht nur Hunderttausende ins Ausland geführt, sondern auch die Binnenmigration beschleunigt, so daß man davon sprechen kann, daß sich die Migration sowohl in einem Schritt als auch in zwei Schritten vollzog. Eine unrealistische Bewertung hat zu der Ansicht geführt, »die Migration habe zur Ausbildung von Facharbeitern für die Industrie beigetragen«. Migranten verrichten meist monotone, gering geachtete und rein manuelle Tätigkeiten. Darüber hinaus hat auch der ständig weiter hinausgeschobene Zeitpunkt ihrer Rückkehr dazu geführt, daß bestehende Möglichkeiten der Berufsausbildung nicht genutzt wurden.

Obwohl es unter den Arbeitsmigranten im Ergebnis von Rationalisierung und Automatisierung eine nicht unerhebliche Zahl von Rückkehrern vor allem aus Europa gab, blieb doch ihr Prozentsatz über die Jahre hinweg gering und verhältnismäßig stabil. In den Nahen Osten gehen die Arbeitsmigranten projektgebunden, für eine vereinbarte Zeit, und kehren danach in jedem Falle zurück. Man muß in diesem Zusammenhang darauf hinweisen, daß die vielfältigen menschlichen und materiellen Beziehungen, die zwischen Gast- und Herkunftsländern entstanden sind, die Gastarbeiter von gestern zu den Pendlern von morgen machen, die jeweils für kurze Zeit zu Einsätzen ins Ausland fahren. Die erste Generation, und in gewissem Maße auch die zweite, werden in keinem von beiden Ländern ganz zu Hause sein.

Die zurückliegenden 30 Jahre Migration aus der Türkei zeigen, daß die in der türkischen Geschichte beispiellose massenhafte Abwanderung »überschüssiger Arbeitskräfte« die soziale Struktur entscheidend geprägt hat. Die amtlichen Stellen reagierten mit unterschiedlichen, meist nicht aufeinander abgestimmten Schritten auf die demographischen Umwälzungen: Es wurden Vereinbarungen zur sozialen Absicherung getroffen, religiöse Vertreter und Lehrer wurden ins Ausland entsandt, für die Kinder der zweiten Generation entstanden spezielle Schulen in ihrem Heimatland, die überwiesenen Geldmittel wurden zum Ausgleich des Handelsdefizits herangezogen und vieles mehr. Dennoch ist der Status des »im Ausland lebenden türkischen Staatsbürgers« seit den sechziger Jahren zu einer unverzichtbaren Alternative zur Arbeitslosigkeit geworden, der Wege zu einem neuen Leben eröffnet und den Traum von einer besseren Zukunft nährt. Die Migrationskette hat neue, unabhängige Beziehungen geschaffen, von denen einige destruktiven Charakter haben, wie zum Beispiel das Erstarken fundamentalistischer Bewegungen, die gegen die Regierung arbeiten. Die Migration hat auch innerhalb der türkischen Gesellschaft eine neue gesellschaftliche Schicht geschaffen – die *Alamanyali*. Ursprünglich für in Deutschland lebende Migranten gebraucht, steht dieser Begriff inzwischen für alle Rückkehrer aus dem Westen.

Entscheidend wird sein, wie die Migranten der zweiten Generation die Bildungschancen und Möglichkeiten des Arbeitsmarktes zu nutzen verstehen. Ebenso werden der Einfluß der im Ausland von Türken gegründeten religiösen und politischen Vereinigungen sowie die zwischen ihnen und der Türkei bestehenden Bindungen eine Rolle spielen. Die türkischen Migranten müssen sowohl im Ausland als auch zu

Hause einen langen und schwierigen Anpassungsprozeß durchmachen. Ob sie dabei erfolgreich sein werden, hängt zum großen Teil davon ab, ob sich einzelne Länder Europas nach und nach zu multiethnischen Staaten entwickeln. Ein weiteres Problem der Türken sind ihre Bindungen an und ihre Loyalität gegenüber ihrem Heimatland, die ihre Entscheidung über die Annahme einer neuen Staatsbürgerschaft beeinflussen.

In den zurückliegenden fünfundzwanzig Jahren hat sich eine in der türkischen Geschichte einzigartige Entwicklung vollzogen: Mehr als zwei Millionen Türken beschlossen, ihr Schicksal selbst in die Hand zu nehmen und haben damit neue Werte übernommen. So mußte eine neue Wertehierarchie geschaffen werden. Die Übernahme neuer Werte ist niemals nur ein individueller Akt. Sie hängt auch erheblich vom vorhandenen Umfeld ab. Sowohl für die Heimat- als auch für die Gastländer wird es in erster Linie darauf ankommen, wohlüberlegte und vernünftige soziale Gesetze zu schaffen, die zu einer harmonischen Integration im In- und Ausland und zur Schaffung neuer Arbeitsmöglichkeiten im Heimatland beitragen können.

Aus dem Englischen von Monika Wilke

Anhang

Tabelle 1: Vom Arbeitsamt ins Ausland vermittelte türkische Arbeitnehmer

Land	1961-1973	1974-1980	1981-1984	1985	1986	1987
BRD	648.029	9.412	409	23	17	27
Australien	4.668	3.785	772	250	391	422
Österreich	34.461	5.003	205	16	52	74
Belgien	15.309	834	20	7	-	2
Frankreich	45.366	10.668	19	4	3	4
Niederlande	23.359	1.836	42	5	12	18
Schweiz	6.360	2.794	820	110	137	83
Saudi-Arabien	4	26.739	72.927	35.067	23.771	27.109
Libyen	664	48.457	97.055	9.680	8.381	10.986
andere	12.069	15.729	34.157	2.191	2.844	2.082
gesamt	790.289	125.257	206.426	47.353	35.608	40.807

Quelle: *Çalışma ve Sosyal Güvenlik Bakanlığı*, 1987, S. 277.

Tabelle 2: Türkische Bevölkerung mit Wohnsitz im Ausland (1985)

Land	Berufstätige Türken	Türken insgesamt	in Prozent
Bundesrepublik Deutschland	585.596	1.400.400	61,3
Niederlande	77.675	155.579	6,8
Frankreich	65.832	154.862	6,8
Belgien	31.100	77.069	3,4
Dänemark	8.991	8.806	0,8
Großbritannien	11.648	28.480	1,3
Österreich	29.165	80.000	3,5
Schweiz	25.254	49.259	2,2
Schweden	10.000	20.000	0,9
Norwegen	1.400	3.279	0,1
andere europäische Länder	65.618	153.769	
EG gesamt	780.842	1.895.196	(83,0)
Australien	29.000	87.000	3,8
Libyen	27.000	28.000	1,2
Saudi-Arabien	150.000	160.000	7,0
Irak	5.156	5.311	0,2
Kuwait	4.000	4.200*	0,2
Jordanien	8.000	8.400*	0,3
andere arabische Länder	1.697	1.7885*	
arabische Länder gesamt	195.853	207.696	(9,1)
gesamt	1.071.313	2.283.661	100,0

* geschätzte Angaben

Quelle: *Çalışma ve Sosyal Güvenlik Bakanlığı*: 1987.

Tabelle 3: Türkische Emigration 1981 nach Berufsgruppen und Zielort

Berufsgruppe	Europa	arabische Länder	Australien und andere Länder	insgesamt
Ungelernte	591	17.586	630	18.807
Facharbeiter:				
- Kraftfahrer	4	3.816	5	3.825
- Schneider	8	118	53	179
- Fräser Dreher Einrichter	6	64	1	71
- Automechaniker Autoschlosser	6	1.280	9	1.295
- Klempner	-	904	2	906
- Schweißer	10	638	6	654
- Stanzer	2	4.035	2	4.039
- Elektriker	5	1.250	39	1.294
- Zimmermann	9	8.399	38	8.446
- Maurer Stukkateur	2	6.464	27	6.493
- Fliesenleger	-	1.778	21	1.799
- Bauanlagenfahrer	1	1.133	7	1.141
- Matrose	7	5	1.079	1.091
- Koch, Kellner	28	598	55	681
- andere	208	7.445	379	8.032
gesamt	887	55.513	2.353	58.753

Quelle: SOPEMI: 1982.

Tabelle 4: Herkunft der türkischen Emigranten nach Regionen (in Prozent)

Region	1983	1984
Schwarzmeerküste	32,0	26,0
Zentralanatolien	25,0	24,2
Marmarameerküste	16,0	16,0
Ostanatolien	12,0	12,5
Mittelmeerküste	6,0	11,9
Ägäische Küste	5,0	6,2
Südostanatolien	4,0	3,2
insgesamt	100,0	100,0

Quelle: *Turkish Employment Office* : 1988.

Tabelle 5: Türkische Asylsuchende in Westdeutschland 1976 bis 1983

Jahr	Anzahl	Asylsuchende insgesamt in Prozent
1976	809	7,3
1977	1.168	7,1
1978	7.419	22,4
1979	13.246	25,7
1980	57.913	53,7
1981	6.302	12,8
1982	3.683	9,9
1983*	980	

* bis August

Quelle: *Çalışma Bakanlığı*: 1984b, S. 7.

Tabelle 6: Verteilung der 1986/1987 vom türkischen Arbeitsamt ins Ausland vermittelten Migranten nach Zielregion

Region	1986		1987	
	Anzahl	Prozent	Anzahl	Prozent
Europa und Australien	774	2,2	746	1,8
arabische Länder	34.834	97,8	40.061	98,2

Quelle: *Turkish Employment Office*: 1988, S. 71.

Tabelle 7: Von türkischen Migranten bevorzugte deutsche Parteien (in Prozent)

bevorzugte Partei	Frauen	Männer
SPD	42	78
CDU/CSU	4	8
Grüne	4	2
keine	16	10
keine Angaben	34	2

Quelle: *Kemiksiz, N.*: 1988.

Literatur

- Abadan, Nermin: 1964, *Batı Almanya daki Türk İşçileri ve Sorunları (Die türkischen Arbeiter in Westdeutschland und ihre Probleme)*. Başbakanlık: DPT.
- Abadan, Nermin: 1969, *Turkish Workers in West Germany. A Case Study*. Bd. 4, 1, S. 21ff.
- Abadan, Nermin: 1972, *Le non-retour à l'industrie, dominant de la chaîne migratoire turque*. *Sociologie de Travail*, Numéro Special, 3.
- Abadan-Unat, Nermin: 1974, *Turkish External Migration and Social Mobility*, in: Benedict, P./Tümerlekin, E./Mansur, F. (Hg.), *Turkey: Geographic and Social Perspectives*, Brill, E.J. Leiden, S. 362ff.
- Abadan-Unat, Nermin: 1975, *Educational Problems of Turkish Migrants' Children*. *International Review of Education*, Special Number, 21/1975/3, S. 311ff.
- Abadan-Unat, Nermin et al.: 1976, *Turkish Workers in Europe, 1960-1975. A Socio-economic Reappraisal*. Brill, E.J. Leiden.

- Abadan-Unat, Nermin: 1976a, Turkish Migration to Europe, 1960. A Balance Sheet of Achievements and Failures, in: Abadan-Unat, N. et al., Turkish Workers in Europe, 1960-1975. Brill, E.J. Leiden, S. 1ff.
- Abadan-Unat, Nermin: 1976b, Migration und Entwicklung. Eine Untersuchung der Auswirkungen der Internationalen Arbeitskräftemigration im Bezirk Boğazlyan. Ankara, S. 88f.
- Abadan-Unat, N.: 1977, Implications of Migration on Emancipation and Pseudo-Emancipation of Turkish Workers. *International Migration Review*, S. 31ff.
- Abadan-Unat, Nermin: 1979, Die politischen Auswirkungen der türkischen Migration im In- und Ausland. *ORIENT*, I.
- Abadan-Unat, Nermin: 1982, The Effect of International Labour Migration in Women's Roles: The Turkish Case, in: Kağıtçıbaşı, Ç. (Hg.), *Sex Roles, Family and Community in Turkey*. Indiana University. Bloomington, S. 207ff.
- Abadan-Unat, Nermin: 1985, Identity Crisis of Turkish Migrants. First and Second Generation, in: Başgöz, I./Furniss, N. (Hg.), *Turkish Workers in Europe. An Interdisciplinary Study*. Indiana University. Bloomington, S. 3ff.
- Abadan-Unat, Nermin: 1986, Turkish Migration to Europe and the Middle East. Its Impact on Social Legislation and Social Structure, in: Michalak, L.O./Salacuse, J.W. (Hg.), *Social Legislation in the Contemporary Middle East*. Institute of International Studies, University of California, Berkeley.
- Albrecht, Richard: 1982, Was ist der Unterschied zwischen Türken und Juden?, in: *Zeitschrift für Volkskunde*, 78.
- Arendt, W.: 1973, Aktionsprogramm für Ausländerbeschäftigung, *BULLETIN*. Bonn.
- Beauftragte der Bundesregierung für Ausländerfragen: 1984, Bericht zur Ausländerpolitik. Bonn, S. 881f.
- Blaschke, Jochen: 1984, Islam und Politik unter türkischen Arbeitsmigranten, in: *Jahrbuch zur Geschichte und Gesellschaft des Vorderen und Mittleren Orients*. Berlin.
- Bodenbender, Wolfgang: 1976, Zwischenbilanz der Ausländerpolitik, in: Ronneberger, F., *Türkische Kinder*. Nürnberg.
- Boehning, Richard: 1984, *Studies in International Labour Migration*. London.
- Çalışma Bakanlığı (Ministry of Labour): 1982, 1981 Yılı Yurtdışı İşçi Sorunları 1981 (Probleme von Arbeitsmigranten 1981). Ankara.
- Çalışma Bakanlığı: 1984, 1983 Yılı Yurtdışı İşçi Hizmetleri Raporu (Bericht über Arbeitsmigranten). Ankara.
- Çalışma ve Sosyal Güvenlik Bakanlığı (Ministry of Labour and Social Security): 1987, Yılı Yurtdışı İşçi Hizmetleri raporu (Bericht über türkische Arbeiter im Ausland). Ankara.
- Cerase, F.: 1974, Expectations and Reality. A Case Study of Return Migration from the United States to Southern Italy, in: *International Migration Review*, Bd. 8, S. 245ff.
- Devlet Planlama Teşkilâtı (State Planning Organization): 1963, First Five Year Development Plan, 1963-1967. Ankara.
- Devlet Planlama Teşkilâtı (State Planning Organization): 1974, The S.P.O. Survey of 1971 of Migrant Workers Who Had Returned to Turkey. Ankara.
- Genç, Mehmet et al.: 1990, Untersuchung über Rückkehrer in der Bursa Region. Zentrum für Türkeistudien, 5. Internationales Bursa-Symposium 19.-20. November 1990, unveröffentlichtes Manuskript.
- Gitmez, Ali: 1979, *Dışgöç Öyküsü (Der Mythos der Auslandsmigration)*. Ankara.

- Hale, William: 1978, *International Migration Project – Country Case Study: The Republic of Turkey*. Vervielfältigung, University of Durham.
- Hecker, U./Schmidt-Hackenberg, T.: 1980, *Bildungs- und Beschäftigungssituation ausländischer Jugendlicher in der BRD*. Bundesinstitut für Berufsbildung. Berlin.
- Hily, M.A.: 1981, *Présentation statistique de la situation de la seconde génération de migrant dans quelques pays européens*. European Science Foundation, *Additional Activity in Migration, Analytical and Methodological Seminar*, 28. September bis 3. Oktober. Sophia Antipolis.
- Kastoryano, Riva: 1986, *Être Turc en France – réflexions sur familles et communauté*. Paris.
- Kemiksiz, Neşe: 1989, *Yurddışınna İşçi ve bu olgunun dönen işçilerim siyasî tutum ve davranışları üzerindeki etkisi (Die Arbeitskräftemigration ins Ausland und deren Auswirkungen auf die politische Haltung und das Verhalten der Rückkehrer)*. Unveröffentlichte Dissertation. Ankara, S. 347.
- Körner, Heiko: 1987, *The Experience in the Main Geographical OECD Areas: European Sending Countries*, in: OECD, *The Future of Migration*. Paris.
- Lerner, Daniel: 1958, *The Passing of Traditional Society*. Ill. Glencoe.
- Mehrländer, Ursula: 1983, *Türkische Jugendliche – keine beruflichen Chancen in Deutschland?* Bonn, S. 158.
- Onulduran, E./van Renselaar, H.: 1976, *International Relations, Legal and Political Dimensions*, in: Abadan-Unat, N. et al., *Migration and Development*. Ankara.
- Penninx, R./van Velzen, L.: 1976, *Migratory Labour, Boğazlyan District*, in: Abadan-Unat, N. et al., *Migration and Development*. Ankara.
- Rist, D.: 1978, *Guestworkers in Germany. The Prospects for Pluralism*. New York.
- Şen, Faruk: 1989, *Problems and Integration Constraints of Turkish Migrants in the Federal Republic of Germany*. ILO. Genf.
- Şen, F./Erichsen, R.: 1987, *Hinwendung zur Selbständigkeit bei Gastarbeitern mit besonderer Berücksichtigung von Türken*. ILO. Genf.
- SOPEMI: 1981, *Report for the Continuous Reporting System on Migration*. Paris.
- SOPEMI: 1985, *Report for the Continuous Reporting System on Migration*. Paris.
- SOPEMI: 1986, *Report for the Continuous Reporting System on Migration*. Paris.
- Toelken, B.: 1973, *Zur Reform der Ausländerpolitik. Theorie und Praxis der Sozialen Arbeit*. Sondernummer. O.O.
- Toelken, B.: 1985, *Türken rein und Türken raus. Images of Fear and Aggression in German Gastarbeiterwitze*, in: Başgöz, I./Furniss, N., *Turkish Workers in Europe. An Interdisciplinary Study*. Indiana University. Bloomington.
- Tuna, O.: 1967, *Yurda Dönen İşçilerin İtibaki Sorunları (An Inquiry onto the Reintegration of Workers Who Have Returned from Abroad)*. State Planning Organization. O.O.
- Turkish Employment Office: 1988, *Statistical Yearbook 1987*. Ankara, S. 82.
- Yasa, I.: 1979, *Yurda Dönen İşçiler ve Toplumsal Değişme (Returning Migrants and Social Change)*. Ankara.